

Haushaltsrede 2020 von Oberbürgermeister Michael Bualander in der Sitzung des Gemeinderats am 18.11.2019

- Es gilt das gesprochene Wort -

**Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderats,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,
meine sehr geehrten Damen und Herren,**

der Haushalt 2020 wird heute eingebracht. Der erste Entwurf in der neuen Wahlperiode. Für 11 Mitglieder des Gemeinderates sind es dieses Jahr die ersten Haushaltsberatungen. Für viele von Ihnen ist das ein bekannter Bestandteil ihrer kommunalen Arbeit. Eine Rede zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs bringt es mit sich, dass – anders als in anderen Reden – viele Zahlen genannt werden. Die ersten von Ihnen werden jetzt vielleicht schon innerlich aufstöhnen mit dem Gedanken: ´Was für eine trockene und langweilige Materie´. Aber nein – ganz im Gegenteil! Der Haushaltsplan ist das Skelett einer Stadt. Ausgangspunkt des städtischen Lebens. Aus dem Haushaltsplan entwickeln sich die städtischen Angebote, aber auch die finanziellen Verpflichtungen.

Freuen Sie sich also auf die nächsten Wochen der städtischen Finanzpolitik.

„Finanzpolitik – meine Damen und Herren - das ist die Auseinandersetzung zwischen jenen Leuten, die einen Euro haben und zwei ausgeben wollen, und jenen anderen, die wissen, dass das nicht geht.“ Manfred Rommel hat dies so auf seine Art trefflich zum Ausdruck gebracht.

Unser gemeinsames Ziel ist es, Mössingen attraktiver zu machen für Menschen und Unternehmen. Das kann uns nur gelingen, wenn wir eine klare Strategie haben, die wir gemeinsam verfolgen. Gemeinderat, Verwaltung und Bürgerschaft. Mit dem Stadtentwicklungsprozess 2030 und weiteren Beteiligungsprozessen haben wir für das nächste Jahrzehnt bereits gute Vorarbeit geleistet. Die Weichen bereits gestellt. Im Januar wollen wir in unserer Strategieklausur den Weg für die nächsten Jahre nachjustieren.

Doch meine Damen und Herren, wir sehen dunkle Wolken am Horizont. Die wirtschaftliche Entwicklung stolpert! Erste Anzeichen für eine wirtschaftliche Verschlechterung gibt es auch bei uns. Hinzu kommen die vielen internationalen Konflikte. Der Handelskonflikt zwischen der USA und China, der noch immer unklare Weg zum Brexit, die unberechenbare Politik von Trump, der autoritäre Weg von Putin, der Syrienkrieg – die Bürger sind verunsichert, der Rechtspopulismus greift um sich, ein angespannter Wohnungsmarkt, die Klimakrise, Fachkräftemangel - auf eitel Sonnenschein folgen trübe Aussichten.

Die Aussichten sind trüb, die Erwartungen hoch!

Die Stimmungslage unter den Kommunen ist angespannt. Die Herausforderungen sind riesig. Viele Kommunen werden den erforderlichen Haushaltsausgleich für 2020 nur schwer, wenn überhaupt, erreichen. Auch wir gehören dazu! In den konjunkturell guten Jahren ist das gehobene Leistungsniveau der Kommunen zur Selbstverständlichkeit geworden. Die Menschen haben sich daran gewöhnt, dass Kinderbetreuung, Schulen, Wohnungsbau, Straßenbau und vieles mehr bei steigenden Ausgaben wie selbstverständlich erledigt werden. Das geht so lange gut, bis die Steuereinnahmen stagnieren, gar zurückgehen. An diesem Punkt stehen wir heute. Die Konjunkturaussichten sind trüb, die Erwartungen hoch! Wie sollen denn die Städte und Gemeinden die Qualität der Kinderbetreuung hoch halten, ohne verfügbare Räumlichkeiten und leergefegtem Fachkräftemarkt? Wie sollen der Schulhausbau und die Digitalisierung der Schulen funktionieren, wie der Betrieb finanziert werden, wenn immer mehr Aufgaben auf die kommunale Ebene verlagert werden? Man hört, das Land wolle vermehrt Landesstraßen zu Kreis- und Gemeindestraßen abstufen; schon heute finanzieren wir Gemeinden private Sicherheitsdienste, um die Sicherheit und Ordnung sicher zu stellen. Für die Grundschulkinderbetreuung soll künftig ein Rechtsanspruch bestehen. Digitalisierung, Datenschutz, Klimaschutz sind alles Aufgaben, die unsere Ressourcen binden. Dazu bringt die Landesregierung einen Haushalt ein, der in kommunalrelevanten Punkten unter dem tatsächlichen Finanzbedarf zurückbleibt. Die Finanzverhandlungen des Landes mit den kommunalen Spitzenverbänden sind gescheitert, von Verhandlungen auf Augenhöhe kann aber gar nicht die Rede sein.

Die Haushaltsberatungen werden also nicht einfach. Unser Ergebnishaushalt ist zu schwach für den laufenden Betrieb, im Entwurf klafft eine Deckungslücke von 1,85 Mio. Euro. Dieses ordentliche Ergebnis ist die zentrale Kennzahl zur Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit. Unser Haushalt ist weder im Planjahr noch in den drei Folgejahren ausgeglichen. Und das obwohl sich die Steuereinnahmen und die Einnahmen aus dem kommunalen Finanzausgleich auf einem nach wie vor hohen Niveau bewegen. Wir können derzeit allenfalls von einer Stagnation, keinesfalls aber von einer Rezession reden.

Was sind die Ursachen für dieses negative Ergebnis? Erhöhte Sachmittel, Betriebs- und Unterhaltungskosten sowie die zu erwirtschaftenden Abschreibungen machen uns deutlich zu schaffen. Mehr aber noch die gesteigerten Personalkosten in den vergangenen Jahren.

Die vergleichsweise hohen Tarifzuwächse von mehr als drei Prozent in den vergangenen zwei Jahren, die neue Entgeltordnung sowie zusätzliche Stellen durch neue Aufgaben wie Datenschutz, Digitalisierung, Social Media, Jugendbeteiligung, Brandschutz, Stadtreinigung mit einer eigenen Kehrmaschine – um nur einige zu nennen – schlagen deutlich zu Buche. Die Steigerungen im Bereich der Kindertages- und Schulkinderbetreuung durch verbesserte Standards bei gleichzeitig gestiegenen Kinderzahlen sind exponentiell. Um 63 Prozent oder 45 Stellen hat sich die Anzahl der Stellen in den letzten fünf Jahren allein im Bereich Bildung und Erziehung erhöht.

Die Tariferhöhungen waren sinnvoll und notwendig, um die Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber zu erhalten und im Wettkampf um die Gewinnung von Arbeitskräften mithalten zu können. Der Fachkräftemangel bereitet uns ohnehin in allen Bereichen große Sorgen.

Die verbesserten Standards dienen der Weiterentwicklung der Qualität in den Kinderbetreuungseinrichtungen. Die Finanzierung der verbindlich definierten Freistellung der Leitungen wurde von Bund und Land jedoch nur bis 2022 verbindlich zugesagt. Außerdem reichen diese Mittel nicht aus und wir sind trotzdem verpflichtet freien und kirchlichen Trägern 100 Prozent der Freistellung zu erstatten.

Der Integrationslastenausgleich wurde nicht verlängert. Die Städte und Gemeinden erhalten damit ab 2020 keine pauschalen Zuweisungen mehr für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen. Die Zuwendungen für die Digitalisierung der Schulen reichen nicht aus, um alle Schulen mit den empfohlenen Standards auszustatten. Zudem entstehen weitere Aufwendungen für den IT-Support, den die Schulträger mit der Antragstellung auf Fördergelder verbindlich gewährleisten müssen.

Bund und Land, meine Damen und Herren, lassen uns Städte und Gemeinden bei den dort noch vorhandenen, nicht unwesentlichen Steuermehreinnahmen schlicht im Regen stehen.

Und mit der Umstellung auf das Neue Kommunale Haushaltsrecht - das Land wird bekannter Weise nicht umstellen, das sei dem Vernehmen nach für das Land nicht zielführend - wird der Haushalt-

sausgleich erschwert und ist erst dann ausgeglichen, wenn auch die Abschreibungen, bei uns in Höhe von 2,4 Mio. Euro, erwirtschaftet werden.

In allen unseren Haushalten ab 2020 wird dies nicht der Fall sein.

Was können wir tun?

Kurz gesagt: wir müssen unsere Ausgaben reduzieren und unsere Einnahmen erhöhen.

Und welches sind unsere Stellschrauben? Steuer- und Gebühren-erhöhungen haben wir noch keine in den Haushaltsentwurf eingearbeitet. Wir werden aber sehr wohl über eine Erhöhung der Hebesätze und von Gebühren diskutieren müssen. Auf Seite der Aufwendungen müssen wir über Kürzungen nachdenken, eine Einsparung in Höhe von mindestens 1,5 Prozent bezogen auf den Gesamtergebnishaushalt scheint unausweichlich. Dies gilt umso mehr, wenn wir auf die mittelfristige Finanzplanung schauen.

Mit den Investitionen konsequent auf Kurs!

Im Bereich der Investitionen setzt der Haushalt 2020 konsequent den eingeschlagenen Kurs fort.

Die sicher am deutlichsten sicht- und spürbare Investitionsmaßnahme wird in den nächsten Jahren die Neugestaltung der Mössinger Mitte mit dem neuen Marktplatz und der Straßenraumgestaltung sein. Die mit insgesamt 3,6 Mio. Euro veranschlagte Tiefbaumaßnahme bildet den Investitionsschwerpunkt in den kommenden beiden Jahren. 1,7 Mio. Euro sind für 2020 eingeplant und weitere 1,6 Mio. Euro in den Folgejahren bereitgestellt. Nach den millionen-

schweren privaten Investitionen der Kreisbaugesellschaft Tübingen, der Stiftung KBF und der Kreissparkasse Tübingen gehen wir in der Stadtentwicklung einen entscheidenden Schritt zur Steigerung der Attraktivität und Aufenthaltsqualität in unserer Innenstadt voran. Die Vergabe der Tiefbauarbeiten wird in der nächsten Gemeinderatsitzung erfolgen. Aus dem Stadtsanierungsprogramm von Bund und Land erwarten wir einen Zuschuss in Höhe von 938.000 Euro was rund 27 Prozent entspricht. Der Löwenanteil dieser Maßnahme erfolgt also aus städtischen Haushaltsmitteln.

Die Neugestaltung der Tannenstraße in Bätenhardt, die Sanierung der Talheimer Mozartstraße, der Öschinger Banholzstraße und die Erschließung des Baugebietes Pfingstwasen Nord in Belsen sind weitere große Tiefbaumaßnahmen, die im nächsten Jahr durchgeführt bzw. begonnen werden sollen.

Die Erlebbarkeit der Steinlach schlägt mittelfristig bis 2023 mit 1 Mio. Euro zu Buche, wobei im kommenden Jahr mit dem Mühlegärtle ein erster sichtbarer Aufschlag folgen soll. Die Planungen werden wir Ihnen nach zwei kürzlich durchgeführten engagierten Workshops alsbald vorstellen.

Im Bereich Hochbau bilden der Neubau des Kindergartens Hinter Höfen, die weiteren Sanierungsabschnitte der Friedrich-List-Schule sowie des Quenstedt-Gymnasiums und die städtebauliche Entwicklung des Pausa-Quartiers die Schwerpunkte der Investitionen.

Sehr ambitioniert ist das Entwicklungskonzept im Pausa-Quartier, welches wir in einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit unserem

Investor erarbeiten wollen. Auf 8,5 Hektar Fläche rings um das Industriedenkmal wollen wir ein komplettes innerstädtisches Wohnquartier entstehen lassen, durchmischt mit Kultur, musealen und touristischen städtischen Einrichtungen, vielleicht auch verträglichem Handel und Gewerbe. Das Kesselhaus als retro-moderner Kultur- und Veranstaltungsort, die Bogenhalle mit multifunktionaler Nutzung. Wohnen soll im Quartier, wie auch in anderen Bereichen der Stadt, zu einem prozentualen Anteil auch für Menschen mit geringerem Einkommen möglich sein. Kurzum, Vielfalt im Quartier!

Nach einem sehr positiven Gespräch im Regierungspräsidium haben wir rd. 760.000 Euro zur Sanierung des Treppenhauses des Verwaltungsgebäudes und weiterer vorbereitenden Maßnahmen eingestellt. Erfreulich ist auch die Aussicht auf die dafür rd. 380.000 Euro an Städtebaufördermitteln. Als Wehrmutstropfen im Pausa-Quartier bleibt, dass wir im nächsten Jahr die erste Förderperiode abrechnen und rund 1 Mio. Euro an Wertausgleich zurückzahlen müssen.

Weiterhin sind stattliche Investitionen für die Umsetzung des Neubaus der Kindertagesstätte Hinter Höfen in Höhe von 700.000 Euro veranschlagt. Der im März in einem Wettbewerbsverfahren ausgewählte Planungsentwurf wird derzeit weiter ausgearbeitet, um diesen im kommenden Jahr Ihnen zur Fassung des Baubeschlusses vorzulegen. Darüber hinaus gilt es auch ein Ausweichquartier während der Bauzeit für die Kinder zu schaffen. Hier planen wir einen Naturkindergarten, der nach der Fertigstellung des neuen Kinderhauses Hinter Höfen als Naturkindergarten weiter betrieben wird. So schaffen wir es aus einer vermeintlich verlorenen Investition in

Höhe von rund 250.000 Euro in eine Interimslösung, eine langfristige Zukunftsinvestition in unsere Kinderbetreuungsinfrastruktur zu machen. Natur- und Waldkindergärten sind derzeit gefragter denn je. Außerdem bin ich Schwabe und investiere anstatt in eine kurzzeitige Übergangslösung viel lieber in was richtiges solides, was sich am Ende auch lohnt!

Neben dem letzten Bauabschnitt der Rathaussanierung in Höhe von 910.000 Euro, werden wir im Quenstedt-Gymnasium 900.000 Euro und in der Friedrich-List-Schule, in der die fehlenden Fachräume geschaffen werden müssen, 600.000 Euro investieren. Dafür haben wir einen ordentlichen Zuschuss nach dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz und aus der Schulbauförderung für die Generalsanierung für beide Maßnahmen von insgesamt 1,1 Mio. Euro eingeplant. Wir werden Ihnen heute die ersten Überlegungen noch vorstellen.

Weitere wesentliche Investitionen betreffen die Aussegnungshalle in Öschingen mit 250.000 Euro, erste Planungsarbeiten für neue WC-Anlagen in der Öschinger Turnhalle mit 50.000 Euro, für die Radverkehrsinfrastruktur 512.000 Euro und Vorbereitungsmaßnahmen für die Erschließung des Gewerbegebiets Hegwiesen mit 150.000 Euro.

So wird es auch in den kommenden Jahren sehr wichtig sein, eine Strategie zur Entwicklung von Gewerbeflächen zu diskutieren, um auch künftig notwendige Gewerbeflächen für ansiedlungswillige oder Erweiterungsmöglichkeiten für ansässige Unternehmen zur

Verfügung stellen zu können. Darüber werden wir heute Abend noch ganz konkret diskutieren.

Bei der Schaffung von Wohnraum haben wir im Draisweg mit dem Neubau der Kreisbau einen guten Aufschlag gemacht. Das Gebäude wird Anfang des nächsten Jahres bezugsfertig sein und es ist meines Wissens kein Geheimnis, dass dieses Projekt, bei einem voraussichtlichen Mietpreis von zwischen 6 und 7 Euro, eine sehr gelungene Maßnahme für günstigen Wohnraum der Kreisbau ist. Bei der derzeitigen Entwicklung auf unserem Wohnungsmarkt und bei anhaltendem Zuzug und weiterem Bevölkerungszuwachs in unserer Stadt müssen wir über weitere vergleichbare Projekte nachdenken. Für kostengünstigen Wohnraum und für den notwendigen Ersatz von Wohnraum für obdachlose Menschen haben wir in 2020 270.000 Euro und bis 2022 weitere über 2,5 Mio. Euro vorgesehen.

Mit dem Dialog Bästenhardt haben wir im letzten Jahr einen langen und umfangreichen Beteiligungsprozess durchgeführt, in dem wir die Weichen für das nächste Jahrzehnt gestellt haben. Die Einrichtung eines Stadtteilzentrums mit bedarfsgerechter Kindertagesstätte und Kinder- und Familienzentrum ist dabei der zentrale Punkt der Stadtentwicklung. Nach Verabschiedung des Gesamtkonzepts durch den Gemeinderat sind seit Beginn des Jahres drei Arbeitsgruppen aktiv und erarbeiten das Konzept im Detail. Noch in der letzten Sitzung des Jahres werden wir Ihnen über die ersten Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen berichten. Mit der Besetzung der Anlaufstelle für gemeinwesensorientierte Arbeit hat die Umsetzung bereits Fahrt aufgenommen. Das Haus Regenbogen als Interimsanlaufstelle – dort können Sie Frau Metz auch vor Ort antreffen – wird

immer mehr mit Leben gefüllt, ein ehrenamtlich betriebenes Stadtteil-Café wurde eingerichtet. Im nächsten Frühjahr wird es ein Stadtteilstfest geben und wir werden, wie vereinbart, die ersten Ergebnisse den Bürgerinnen und Bürgern in einer öffentlichen Veranstaltung präsentieren.

Stadtwerke - Energie mit Zukunft

Es freut uns alle sehr, dass wir die im Jahr 2017 begonnene Grundsanierung des Hallenbades, zwar mit einem Jahr Verzögerung, dafür aber mit sehr positiver Resonanz von den Badegästen abschließen und im September eröffnen konnten. Seitdem verzeichnen wir einen Anstieg der Besucherzahlen, welcher sich hoffentlich nicht nur auf die anfängliche Neugierde zurückführen lässt, sondern durch die erhöhte Attraktivität, insbesondere durch den Kleinkindbereich, auch dauerhaft zu halten ist. Trotz enormer finanzieller Belastung sind Bäder für unser Gemeinwohl wichtig, denn nur damit ist zu gewährleisten, dass unsere Kinder das Schwimmen erlernen. Die bedenklich ansteigende Zahl an Badeunfällen mit Todesfolge ist leider auch auf den Rückgang kommunal geführter Bäder, insbesondere der klassischen Schwimmbäder, ich spreche nicht von Spaß- und Wellnessbädern, zurückzuführen. Wir bieten mit unseren Bädern der Bevölkerung ein ausgesprochen gemeinwohlorientiertes Schwimm-, Gesundheits- und Erholungsangebot, das heutzutage alles andere als selbstverständlich ist.

Dieses sehr gute Angebot schlägt sich sehr deutlich im Erfolgsplan der Stadtwerke nieder. Erhöhte Abschreibungen und ein erhöhter Kapitaldienst wirken sich sehr empfindlich auf das Gesamtergebnis aus.

Im Freibad steht bereits für 2021 eine Sanierung des Kinderplanschbereichs an, weshalb im Finanzplanungszeitraum bis 2022 1,75 Mio. Euro eingestellt sind und wir mit den ersten Überlegungen bereits in diesem Jahr begonnen haben.

Die Wärmeversorgung wird zukünftig eine immer bedeutendere Rolle für den Klimaschutz und die Flexibilität der Netze spielen. Die Stadtwerke sind sich ihrer ökologischen Verantwortung bewusst und werden den Bereich der Nahwärmeversorgung sukzessive ausbauen. Unter dem Vorbehalt einer Wirtschaftlichkeit sollen die CO₂-Emissionen im Wärmesektor weitestgehend reduziert werden. Dies soll durch zukunftsorientierte, innovative Ansätze mit flexiblem Einsatz unserer BHKW-Anlagen und dem schrittweisen Ausbau der Wärmenetze mit hohem Anteil an erneuerbaren Energien ermöglicht werden. Neu zu erschließende Wohngebiete werden auf Machbarkeit hin geprüft. Somit werden nach und nach kleinere Wärmeinseln mit gesicherter Abnahme unter Einsatz regenerativer Ressourcen aufgebaut. Diese Vorgehensweise ermöglicht einen zukunftsorientierten und für die nachfolgenden Generationen nachhaltigen Aufbau der Wärmeversorgung. Dabei fließen die Erkenntnisse aus der durchgeführten Machbarkeitsstudie zur Nahwärmeversorgung in Mössingen mit ein. Wir wollen hier zukünftig mit dem Regionalverband Neckar-Alb innerhalb des Interreg-Projekts ENT-RAIN zusammenarbeiten. Das ist ein Projekt zur Unterstützung der Kommunen zur Einführung von Wärmenetzen auf der Basis erneuerbarer Energien.

Im Jahr 2020 werden 18 Mehrfamilienhäuser, über 100 Wohnungen der Kreisbaugesellschaft Tübingen im Bereich der Hölderlin- und Uhlandstraße über ein Wärmenetz an das nahegelegene Blockheizkraftwerk im Schulzentrum angeschlossen. Damit kommen wir unserer ökologischen Verantwortung zur Reduzierung der CO₂-Emissionen nach. Der Ausstoß an CO₂ wird durch die Maßnahme um 302 Tonnen pro Jahr reduziert.

Klimaschutz und die Verringerung von CO₂-Emissionen ist ein Dauerthema, welches uns bereits seit vielen Jahren beschäftigt und weiterhin im Fokus bei den Stadtwerken und der Stadt stehen wird.

Seit Jahren bieten wir den Stromkunden der Stadtwerke ein zum überwiegenden Teil aus regenerativen Energiequellen erzeugter Strom an. Der regenerativ erzeugte Anteil des Stroms den jeder Kunde bei uns erhält liegt bei annähernd 75 Prozent. Im Vergleich: der Anteil erneuerbarer Energie liegt bei in Deutschland produziertem Strom durchschnittlich bei unter 40 Prozent. Und wer noch mehr tun möchte, kann bei den Stadtwerken mit einem kleinen Aufschlag von 1,19 Cent pro Kilowattstunde Strom zu 100 Prozent aus regenerativer Energie beziehen. Wir als Stadt gehen selbstverständlich mit gutem Beispiel voran und verwenden den hundertprozentigen Mössinger Naturstrom. So kann jede und jeder von Ihnen hier im Saal und jede und jeder der täglich Strom verbraucht, und das dürften wohl einige sein, einen ganz wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten indem man Mössinger Naturstrom bei den Stadtwerken bezieht.

Schwerpunkt der Investitionen im Bereich der Wasserversorgung sind die Neugestaltung der Mössinger Mitte, die Erschließung des Neubaugebiets Pfingstwasen-Nord in Belsen sowie Maßnahmen in der Tannenstraße in Bästenhardt, der Banholzstraße in Öschingen und der Mozartstraße in Talheim.

Gleichzeitig sind in diesen Bereichen Maßnahmen im Kanalbau zur Abwasserbeseitigung notwendig. Im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Abwasser sind daher enorme Investitionen in Höhe von rd. 2 Mio. eingeplant. Neben Kanalsanierung und Neubau sind die Modernisierung des Regenüberlaufbeckens Schlattwiesen und der 2. Bauabschnitt beim Regenüberlaufbecken Bronnwasenäcker Schwerpunkte im Tiefbauprogramm.

Der Finanzplan der Stadtwerke schließt in 2020 mit einem deutlichen Verlust in Höhe von 774.000 Euro. Unter Betrachtung des Gesamtplanungszeitraums bis 2023 ist in den nächsten Jahren keine Entspannung zu vernehmen. Bereits in diesem Planjahr wird sich der Gemeinderat über eine Verlustabdeckung der letzten Jahre zu Lasten des städtischen Haushalts – dieser Betrag ist noch nicht eingeplant – auseinandersetzen müssen.

Der Haushalt im Überblick

Die Steuereinnahmen und die Einnahmen aus dem kommunalen Finanzausgleich bewegen sich nach wie vor auf hohem Niveau. Damit erfolgte die Aufstellung des Haushalts 2020 unter positiven Rahmenbedingungen. Dennoch reichen die erwarteten Erträge nicht aus, um die voraussichtlichen Aufwendungen zu decken.

Insgesamt sind rd. 19,6 Mio. Euro Finanzzuweisungen und Zuwendungen im Haushaltsentwurf eingeplant. Der größte Anteil mit 12,8 Mio. Euro entfällt auf die Schlüsselzuweisungen des Landes und damit rund 500.000 Euro weniger als im Vorjahr.

Die Erträge aus Steuern und ähnlichen Abgaben betragen voraussichtlich rd. 25,4 Mio. Euro und damit 327.000 Euro mehr als im Vorjahr. Der Gemeindeanteil der Einkommensteuer reduziert sich dagegen um 120.000 Euro gegenüber dem Vorjahr auf rd. 11,9 Mio. Euro. Der Ansatz für die Gewerbesteuer liegt gegen den allgemeinen Trend bei erfreulichen 8 Mio. Euro, rund 500.000 Euro über dem Vorjahresniveau. So erfreulich die höhere Gewerbesteuer aktuell sein mag, so bedenklich sind aber die rückläufigen Erträge aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Diese sind ein Anzeichen einer konjunkturellen Veränderung.

Mit dem Neuen Kommunalen Haushaltsrecht müssen wir unsere Abschreibungen erwirtschaften, d. h. diese Mittel stehen uns nicht für andere konsumtive Ausgaben zur Verfügung. Zieht man von den Abschreibungen in Höhe von 3,5 Mio. Euro die aufgelösten Investitionszuwendungen und –beiträge ab, sind noch rd. 2,4 Mio. Euro an Abschreibungen im Haushaltsjahr 2020 zu erwirtschaften.

Die Personalaufwendungen belaufen sich insgesamt auf 17,6 Mio. Euro und steigen damit gegenüber den Planzahlen des Vorjahres um 1,48 Mio. Euro bzw. rd. 9,2 Prozentpunkte an. Allerdings erhöht sich die Zahl der Stellen im städtischen Kernhaushalt lediglich um 4,28 Stellen. Die Beamtenstellen reduzieren sich um 2,3 Stellen, die Zahl der Beschäftigten erhöht sich um 6,58 Stellen. Insbesondere

sind hier eine Vollzeitstelle für die Stadtplanung, für einen Elektrotechniker im Gebäudemanagement, drei zusätzliche Hausmeisterstellen, der Fahrer für die Kehrmaschine und eine Anpassung der Beschäftigungsumfänge um 2,3 Stellen im Bereich der Kindertagesstätten und eine halbe Stelle für die gemeinwesenorientierte Arbeit zu nennen.

Betrachtet man die Entwicklung der Personalstellen der letzten fünf Jahre erhöht sich die Anzahl der Stellen um 57 Stellen. Der Löwenanteil der zusätzlichen Stellen, nämlich 45 Stellen, entfällt auf den Sozial- und Erziehungsdienst. Hier wirken sich verbesserte Standards in der Kinder- und Kleinkindbetreuung, aber auch im Bereich der Kernzeit- und Ganztags schulbetreuung der Grundschüler aus. Hinzu kommt, dass die Anzahl der zu betreuenden Kinder und Schüler deutlich gestiegen ist. Vor allem die Zunahme bei der Ganztagesbetreuung und im Bereich der Kleinkindbetreuung zieht einen erheblichen Personalmehrbedarf, zusätzlich noch als Parallelstruktur in der Verwaltung, nach sich. Die Mindestpersonalschlüssel wurden mit Blick auf die Qualität in der Betreuung in den letzten Jahren deutlich angehoben. Im Fünfjahreszeitraum stieg die Anzahl der Kinder in den städtischen Kindertageseinrichtungen allein um 82 Kinder an - das ist in Summe eine komplette neue Einrichtung.

In allen anderen Bereichen zusammengenommen hat sich die Zahl der Stellen seit 2015 aufgrund zusätzlicher Aufgaben um 12 Stellen erhöht.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, also Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten sowie Verwaltungs- und Be-

triebsaufwendungen betragen voraussichtlich rd. 11,7 Mio. Euro und steigen damit um rd. 90.000 Euro. Die größte Position der Aufwendungen im Gesamtergebnishaushalt mit rd. 18,7 Mio. Euro sind die Transferaufwendungen, zu denen im Wesentlichen die Umlagen und Zuschüsse gehören. Eine wesentliche Position ist hier die Kreisumlage, die sich trotz einer voraussichtlichen nur geringfügigen Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes um 0,2 Prozentpunkte, derzeit um fast 800.000 Euro gegenüber dem Vorjahr auf 9,1 Mio. Euro erhöht. Diese Position ist noch eine große Unbekannte in unserem Haushalt.

Spannend werden deshalb die Beratungen des Kreishaushaltes werden. 106 Mio. Euro Kreisumlage müssen die Städte und Gemeinden 2020 an den Landkreis zahlen. Eine Steigerung um weitere 10 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr. Ich hoffe sehr, dass der Kreistag erkennt, wie angespannt die finanzielle Situation der Städte und Gemeinden ist. Denn sollte durch zusätzliche vermeintliche Wohltaten für unsere Kreisbevölkerung die Kreisumlage weiter steigen, wird den Menschen ein Bärendienst erwiesen, wenn die Städte und Gemeinde ihre Aufgaben nicht mehr im erforderlichen Maß erfüllen können.

Der Gesamtergebnishaushalt weist im Entwurf 2020 Erträge in Höhe von 52.983.000 Euro aus. Die ordentlichen Erträge erhöhen sich damit aufgrund der abkühlenden Konjunktur nur minimal um 0,37 Prozentpunkte. Dagegen steigt der Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen mit 4,8 Prozentpunkten deutlich auf 54.832.000 Euro an.

Im Finanzhaushalt geht der Zahlungsmittelüberschuss von 2.782.800 Euro im Jahr 2019 auf voraussichtlich 563.000 Euro im Jahr 2020 zurück. Damit kann zumindest die ordentliche Tilgung in Höhe von 157.000 gedeckt werden.

Für das Jahr 2020 ist bei einer Investitionstätigkeit in Höhe von knapp 10 Mio. Euro eine Kreditaufnahme in Höhe von 3,2 Mio. Euro notwendig, um die geplanten Investitionen finanzieren zu können.

**Meine sehr geehrten Damen und Herren,
sowohl im Haushaltsjahr 2020 als auch im mittelfristigen Finanzplanungszeitraum ist das veranschlagte ordentliche Ergebnis des Gesamthaushalts negativ. Wir erwirtschaften den Ressourcenverbrauch nicht vollständig. Der Haushaltsausgleich wird nicht erreicht.**

Vor dem Hintergrund einer nachhaltigen Haushalts- und Finanzpolitik und dem real bestehenden Risiko einer stagnierenden bzw. sich verschlechternden Konjunktur müssen wir zwingend gegensteuern. Wir müssen daher alle Spar- und Ertragsmöglichkeiten ausschöpfen. Nach vielen Jahren des Wachstums müssen wir ernsthaft über die Erhöhung von Hebesätzen und Gebühren sowie Kürzungen auf der Seite der Aufwendungen nachdenken. Sonst werden wir den notwendigen Ausgleich nicht erreichen, zumal der Gemeinderat auch noch über eine Verlustübernahme der Stadtwerke von bis zu 774.000 Euro entscheiden muss und auch die Kreisumlage eine noch nicht kalkulierbare Unsicherheit für unseren Haushalt darstellt.

Das größte Risiko stellt für uns eine sich weiter abkühlende Konjunktur dar. Folgt auf die aktuelle Stagnation eine Rezession – dies ist nicht auszuschließen – werden sich die Erträge aus Steuern und Zuweisungen verringern und den Haushaltsausgleich aufgrund der derzeit schon nicht ausgeglichenen Haushalte im aktuellen Planungszeitraum noch weiter erschweren bzw. verschärfen.

Die Kernbotschaften des Haushaltsplans 2020 sind:

- **Der gesetzlich geforderte Ausgleich des Ergebnishaushalts wird in den Jahren 2020 bis 2023 nicht erreicht.**
- **Einsparungen und eine pauschale Kürzung von Aufwendungen sind unausweichlich.**
- **Die Ertragsmöglichkeiten durch eine Anhebung der Hebesätze der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer sind auszuschöpfen.**
- **Die im Planungszeitraum bis 2023 geplante Kreditfinanzierung von rd. 21 Mio. Euro ist im Blick zu behalten. Bei sich weiter abschwächender Konjunktur sind Investitionen zeitlich zu strecken und schon heute zu priorisieren.**

Sollte Ihnen in der Zwischenzeit die Freude an der kommunalen Finanzpolitik bereits vergangen sein und Sie sich im Nachhinein über mein eingangs gemachtes Versprechen wundern, dass Sie sich auf die Haushaltsplanungen freuen dürfen, kann ich nur feststellen: wir sind in der harten Realität angekommen.

Oder sagen wir es frei nach Manfred Rommel mit etwas Galgenhumor: „Wir haben ein Problem mit Soll und Haben. Wir sollten, aber haben nicht!“

**Meine Damen und Herren,
eine ernste Sache mit Humor zu betrachten, heißt noch lange nicht ihren Ernst zu verkennen. Doch lässt sie sich manchmal besser ertragen!**

Heute erfolgt keine Aussprache zum Haushalt.

Die öffentliche Haushaltsklausur findet am Samstag, 30. November 2019 von 9:00 bis 13:00 Uhr statt. Dort werden wir Ihnen den Haushaltsplanentwurf erläutern.

Anträge zum Haushalt sind mit Vorschlägen zur Gegenfinanzierung bis zum 6. Januar 2020 einzureichen. Die Anträge müssen Haushaltsrelevant sein. Die Verabschiedung des Haushalts ist für Montag, 20. Januar 2020 vorgesehen.

Mein abschließender Dank gilt allen, die an der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes mitgearbeitet haben. Allen voran mein Dank an Sie, liebe Frau Bernhard, sowie Frau Conrad und an alle Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie haben Ihre Arbeit wieder sehr gut gemacht. Ein großes Lob - sehr zuverlässig wie immer.

Danke dem Finanzbereich bei den Stadtwerken, Ihnen Herr Hoffmann, sowie Frau Breifelder und Ihrem Team für die Aufstellung der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe. Es waren für Sie beide die ersten Wirtschaftspläne. Daher waren Sie besonders gefordert. Aber Sie haben es geschafft.

Herzlichen Dank an alle Kolleginnen und Kollegen, die am Haushaltsplanentwurf und den Wirtschaftsplänen mitgearbeitet haben. Ist ein Haushalt doch immer auch eine große Gemeinschaftsaufgabe.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!